

Bezugsgebühr:

Gewöhnlich für Dresden bei täglich  
wiederholter Abtragung durch andere  
Posten während und wegen, am  
Gesamtkosten nur einmal  
gegen 50 Pf. Durch ausgedehnte Steuer-  
erhöhung auf 10 Pf. zu 50 Pf.  
Bei einzelner Abtragung durch die  
Post 50 Pf. (ohne Steuerabzug), um Aus-  
land und entsprechende Betriebe  
bedient zu sein. Einzelne Steuer-  
erhöhung auf 10 Pf. u. Organisatorische  
Rücknahme nur auf 50 Pf. („Dresden“)  
möglich. Nachmalige Sonder-  
ausgabe der beiden unterliegenden  
untertangten Blätter kostet  
nicht aufzubringen.

Telegramm-Adresse:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co.

Hofflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Dreiring-Cacao.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Carl.

Zusätze von Veröffentlichungen  
sind nachmittags 3 Uhr, Sonne und  
Mitternacht vor Marienkirche ab 10 bis  
11 Uhr zu kaufen. Die 1. und 2. Auflage  
sind vor 8 Uhr und 20 Uhr. Zu  
Abdruckungen auf der Arbeiterseite Seite  
zu 10 Pf., die 2. und 3. Auflage auf Lese-  
seite zu 10 Pf., als Einzelblatt Seite  
zu 10 Pf. In Nummern nach Sonne  
und Mitternacht 1. und 2. Auflage  
zu 10 Pf., auf Schauseite ab 10 Pf.  
Arbeiterseite auf Leseseite und als  
Einzelblatt zu 10 Pf. Außerordentliche Aus-  
gabe nur gegen Sonderanforderung.  
Einzelblätter kosten 10 Pfennig.

Vertrieb: Nr. 11 und 2000.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 10.

**Julius Schädlich**  
Am See 16, part. u. 1. Et.  
**Beleuchtungs Gegenstände**  
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.



Zur Konfirmation:  
**Solide Uhren**  
Uhrketten - Ringe - Goldwaren  
Herrliche Neuhäfen. Billige Preise.

**Gustav Smy**

Dresden-A., Moritzstr. 10, Ecke König Johann-Str.

**Egers** unverwüstliche Livree-Kleidung.  
Rob. Eger & Sohn, Frauenstrasse 3 u. 5.

Preisliste und Muster franko.

**Schutzbrillen**

aller Art, Respiratoren, Freiluftzuführungs-  
Apparate, Gesichts- und Kopfschutz-Masken,  
Rettungshelme, Schutzbekleidung für gewerbliche  
Arbeiter, Sauerstoff-Rettungskoffer etc. empfiehlt

**Carl Wendschuchs Etablissement** Dresden-A., Struvestrasse 11.

**Nr. 85. Einzel:** Preußische Wahlrechtsdebatte: Erzbischof, Staatsbahnhof, Metallarbeiter, Nutzmo. Witterung: Kühl, trüb. **Wittwoch, 28. März 1906.**

**Die preußische Wahlrechts-Debatte**  
hat bisher einen im allgemeinen recht ruhigen und sachlichen Verlauf genommen. Zu großer Aufregung gab es auch die Regierungsvorlage keinen Anlaß, bewegte sie sich doch in dem denkbar beschiedenen Rahmen: nur an dem preußischen Wahlverfahren und bei der Wahlkreiseinteilung sind einige Abänderungen vorgenommen, während die Grundlage – die Dreistimmenteilung der Wähler – vollständig unberührt geblieben ist. Dass sich die Regierungsentwürfe in diesen Grenzen notwendigerweise bewegen muhten, war nach den vorangegangenen Wahlrechtsdemonstrationen für jeden politisch Denkfähigen selbstverständlich, und sogar die ganz linksstehenden bürgerlichen Wähler haben angesichts des frechen Ansturms der Sozialdemokratie seinerzeit zugeben müssen, daß durch jedes Regierung ein Entgegenkommen in Wahlrechtsfragen mindestens sehr erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht werde. Wenn jetzt im preußischen Abgeordnetenhaus dieselben Herren vom Kreis in ein anderes Horn stoßen und die Regierungsvorlagen als eine „Konkurrenz des Unrechts“ in Bauch und Hogen verbrennen, so macht das ihrer Chamäleon-Natur alle Ehre und beweist nur wieder, wie tief ihnen das Gift grauer Theorie im Blute steht und den lebendigen Sinn für die praktischen Erfordernisse des politischen Lebens raubt. Niemand kann die Schattenseiten des Dreiklassenwahlrechts klarer erkennen und schärfer urteilen als wir es tun, aber zwischen dieser Erkenntnis und dem blinden Gleiches noch seines radikalsten Beleidigung liegt für alle diejenigen ein himmelweiter Unterschied, die auf Grund reifer Erfahrungen von der festen Überzeugung durchdrungen sind, daß es zu den schwierigsten Aufgaben gehört, ein Wahlrecht zu schaffen, das einem gerechten Ausgleich zwischen allen Bevölkerungsgruppen mit ihren so manigfachen Besonderheiten schafft. Jedes Wahlrecht ist ein politisches Instrument, das bei falscher Konstruktion nur allzu leicht die Möglichkeit des Mißbrauchs in sich birgt, und man soll daher ein einmal bestehendes Wahlrecht erst befestigen, wenn man ein wirklich besseres an seine Stelle sehen kann. Um diese Verbesserung mühen sich gerade in unserer Zeit die besten und sündigsten Köpfe, um je länger, je mehr zu der Einsicht zu kommen, daß Kritizieren leichter als Befremden ist. Mit Recht hat denn auch diesem Gedanken der Staatsminister v. Meysch lebt deutlich Ausdruck verliehen, als er Ende vorangegangenen Jahres in der zweiten Sächsischen Kammer die Wahlrechts-Intervention in großer Weise beantwortete. Aufgeloßt ist es jedenfalls, daß die größten Schreier gegen das „Wahlrecht“ in den Einzelpaaten sich an positiven Vorschlägen zu seiner Verbesserung so gut wie gar nicht beteiligen, sondern dienen schwierigeren Teil der Übung liebenswürdigerweise anderen überlassen und nur wie besessen nach der Schablone des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts verlangen, ohne Rücksicht auf die bedauerlichen Zustände, die dieses Wahlrecht dem Reiche gebracht hat, wo die anationalen Einflüsse der mächtigen ultramontanen und der sozialdemokratischen Partei in verhängnisvollster Weise zu überwuchern drohen.

In Übereinstimmung mit diesen unanfechtbaren Tatsachen und Gedanken hat die Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses zur Beratung der Wahlrechtsvorlagen rasche Arbeit gemacht und beide Gesetzentwürfe unverändert angenommen. Bestimmend für sie wird sicher auch die von hohem staatsmännischen Geiste getragene Liebe gewesen sein, die der neue preußische Minister des Innern, v. Bethmann-Hollweg, zur Einleitung gehalten hat und die von uns ihrer Wichtigkeit wegen bereits vor einigen Tagen im Wortlaut wiedergegeben worden ist. Wie er sich gegen die Vorherrschaft rasch wechselnder Massenlaufen und für das gute Recht der „Verbindlichkeit“ im politischen Leben ausgesprochen hat, zeigt in erfreulicher Weise, daß es – Gott sei Dank – noch immer in Deutschland Staatsmänner gibt, die die Probleme und Gefahren unserer Zeit saft, klar und mutig ins Auge fassen. Nachdem der Minister von vornherein auf die Unmöglichkeit einer Annahme des Reichstagswahlrechts für Preußen hingewiesen hat, erscheint es um so unverständlicher, daß dennoch ein diesbezüglicher Antrag eingereicht und im preußischen Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gekommen ist, obwohl er auf Unannehmbarkeit natürlich nie und nimmer Aussicht hat, sondern nur ein „Gerede zum Fenster hinaus“ bedeuten kann. Von besonderem Interesse war übrigens im Verlaufe der bisherigen Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses die entschiedene Verwohnung des konservativen Abgeordneten Dr. Armer gegen die Bestrebungen des Reichstags, Eingriffe in das Verfassungsrecht der Einzelstaaten vorzunehmen und damit die einzelaatliche Selbstständigkeit in Frage zu stellen. „In dem Augenblick“, so führte er aus, „in dem uns wichtige Punkte unseres Verfassungslebens von den Organen des Reiches oftgestört werden, verlieren wir unsere staatliche Selbstständigkeit und sind wir auf den ersten Schritte einer Entwicklung, die dahin führt, daß die einzelnen

Staaten lediglich Provinzen, lediglich Verwaltungsbüros des Reiches werden. Preußen ist der größte deutsche Bundesstaat. Wir können ohne Überhebung sagen, daß, wenn es gelungen ist, Deutschland zu einigen, dieses Einigungswerk von Preußen vorbereitet ist. Und in einer Zeit, wo wir im Deutschen Reich mit einer schweren finanziellen Notlage kämpfen haben, in einer Zeit, wo im Deutschen Reich die Umsturzpartei sich in gefährlicher und bevorzugter Weise breit macht, wo, wie der Herr Minister es durchaus aufrichtig geschildert hat, die Umsturzpartei an alle denkt, was uns hoch und heilig ist – in diesem Augenblick ist es geradezu eine Notwendigkeit, dem Deutschen Reich seinen wesentlichsten Grundsatz in seiner vollen Richtigkeit zu erhalten; und dieser Grundsatz ist unter preußischer Stadt, wie er sich unter der Führung erlauchter Fürsten geschicklich entwickelt hat. Diesen Grundsatz wollen wir erhalten, und aus diesem Grunde wollen wir zu keiner Regel die Hand bieten, die geeignet ist, diese Grundlage zu erschüttern. Wenn wir also in diesem Sinne uns vielleicht dem Vorwurf aussetzen, daß wir preußischen Partikularismus üben, so tun wir das nur im Interesse des Reiches, aus unserer Freude am Reiche, in der Überzeugung, daß gesunde Verhältnisse in Preußen die beste Gewähr für den Bestand des Reiches darstellen.“

**Neueste Drahtmeldungen vom 27. März.**

**Deutscher Reichstag.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Garantie-Vorlage ist die Kamerun-Gürtelbahn von Duala nach den Manenguba-Bergen wird definitiv ohne Debatte angenommen und dann die Beratung des Flottengelebes fortgesetzt. – Abg. Span (Centr.) erklärt, seine Freunde würden vorbehaltlich der Regelung der Ostseefrage, für das Gesetz stimmen. Wenn der Flottenverein lediglich für Vergrößerung der Flotte agitiere, so sei dogmatisch nichts zu sagen. Aber wenn der Verein dabei je wenige, untere Flotte herauziehen, so dem Auslande als minderwertig hingestellt, so sei das zu verurteilen. Irrig sei die Behauptung Hebeß, wir wollten mit dieser Vorlage eine Flotte errichten könnten. Wenn wirlich einmal Frankreich und England gegen uns zusammenstoßen, so würden wir zur See selbstverständlich unserer Gegner unterlegen sein, auch wenn die beiden anderen Dreiecks-Mächte uns zur Seite stünden, und wir könnten dann nur eben hoffen, daß die Entscheidung auf dem Lande falle. Über auf jeden Fall müßten wir unsere Flotte wenigstens so weit vermehrten und stärken, daß wir die Gegner von unseren Küsten abhalten könnten. Was den Antrag Abloß wegen der Flottilenbedeutung durch eine Vermögenssteuer auslange, so wäre es richtig gewesen, die Kreuzerflotte hätten diesen Antrag erst in die Steuerausschusssession gebracht, statt daß sie ihn hier in das Flottengeleb hineinarbeiteten wollten. Die Notwendigkeit der Flottilenvermehrung müßte ebenfalls anerkannt werden. Schon Windhorst kommt, müssen alle anderen Rückstufen zurücktreten! – Abg. v. Richthofen-Damendorf (sonst.) tritt für die Vorlage ein und verteidigt den Flottenverein, der sich große Verdienste darum erworben habe, das Verständnis für die Notwendigkeit einer starken Flotte in das Volk zu tragen. Wenn er bei seiner Ansprache vielleicht einmal etwas zu weit gegangen sei, so könne man ihm das um seiner Verdienste willen wohl nachsehen. Für die Flottilenderneuerung brauchen die Notwendigkeit der Landesverteidigung und die Handelsinteressen. Wenn der Antrag Abloß überhaupt eine Verfestigung habe, so könne es eben nur die sein, daß die Flotte dem Handel, dem Kapital zu gute komme. – Abg. Müller-Sagan (rest. Psg.) erklärt namens seiner Freunde: Der Flotten-Vergleich ist so weit ausgearbeitet, wie sie die Vorlage forderte, könnten sie an sich ausstimmen. Sie seien bereit, diese Forderungen im Rahmen des Staats zu bewilligen, aber nicht im Rahmen dieses besonderen Flottengelebes. Die Einhaltung derartiger gelegentlich festgelegter Bindungen sei doch nicht möglich. Seine Freunde seien keiner nicht einverstanden damit, daß die Kosten der Flottilenvermehrung wiederum durch indirekte Steuern oder durch Handel und Verkehr schwedische Stempelsteuern gedeckt werden sollen, und beanspruchen daher Aufbringung der erforderlichen Mittel durch eine Reichsvermögenssteuer. Ein Einführung des Antrages in das Gesetz. – Staatssekretär v. Tirpitz: Ich freue mich, daß der Herr Vortreter und seine Freunde die Berechtigung der Vorlage wenigstens nach der inhaltlichen Seite erörtern. Ich bedaure aber, daß sie nicht genügt sind, die Forderungen-Novelle in den Gesamtkontext des Flottengelebes einzufügen. Ich kann Ihnen versichern, wir würden auch nicht annähernd so weit gekommen, wie wir es sind, wenn wir nicht den grundlegenden Rahmen des Flottengelebes gehabt hätten. Das Flottengeleb ist tatsächlich grundlegend für unser ganzes Vorgehen gewesen, es hat wie ein Nervenstrang die Richtung angegeben. Ich glaube, daß wir nur durch das Flottengeleb mit unseren geringen Mitteln unter Flotte mit der französischen Flotte gleichwertig gemacht haben. – Abg. Graf v. Arnim (Reichs): bezeichnet die Vorlage als Entlösung eines längst aufgestellten Wechsels. Die Arbeiter würden es nicht verstehen, wenn die sozialdemokratische Partei die Vorlage ablehne und damit den Endpunkt erreiche, als seien die Arbeiter wirklich vaterlandlos, flottenfeindlich und armeefeindlich. Prototypen müßte er gegen die Bevölkerung ausspielen, als liege in unserem Flottilenvermehrung etwas Aggressives gegenüber dem Auslande. Unsere Werften beschäftigen 22.000 Arbeiter. Die Vorlage steige also gerade im Interesse der Arbeiter, da sich durch dieselbe die Lage des Arbeitsmarktes günstiger gestalte. Das Wort von den „dominierenden Sätzen“ röhrt übrigens nicht von dem Flottenverein her. – Abg. Müller-Weinberg (rest. Psg.) befürwortet den Antrag Abloß. Seine Freunde stünden selbstverständlich auch einer Reichseinkommen-

steuer durchaus sympathisch gegenüber, aber sie gefänden sich selber ein, daß dabei der Eintritt in die partikularistischen Steuersysteme ein viel intensiver sei. Ihren Vorfahrt einer Reichsvermögenssteuer betrachten sie nur als Notzettel und meinen auch, daß diese Steuer durchaus nicht bloß zur Deckung der Flottengelebe zu dienen brauche. Wenn die Ausgaben limitiert würden, müßten auch die Einnahmen limitiert werden; bedrohlich schlagen sie vor, daß alljährlich im Etat bestimmt werde, wie viel Monokraten den Vermögenssteuer erheben werden sollen. Werde diese Steuer bestimmt, so beweise das nur, daß die wohlhabenden Kreise nicht geneigt seien, Ausgaben an nationale Zwecke zu tragen. (Sehr richtig! lacht.) Das sei ja auch der Grund, weshalb wir nicht schon längst eine Reichsvermögenssteuer oder Reichsvermögenssteuer hätten. – Staatssekretär Freiherr v. Steinthal: Die Grundlagen dieses Antrages sind unzureichend. § 6 des Flottengelebes bleibt durch diese Novelle unberührt. Um diesen § 6 gerecht zu werden, werden wir ja die Reichsvermögenssteuer und neue Stempelsteuere vorgeschlagen. Unter Reichsvermögenssteuer wird jedem schon in der Begründung der notwendigen Mehrerfordernisse für die Wehrkraft als auch für die Flotte. Die Mehrkosten für diese sind also schon in der Finanzreformvorlage enthalten. In ihrer Steuerausschusssession und uns schon Vermögens- und Einkommenssteuervorschläge gemacht, aber abgelehnt worden, und nun unternimmt es die Flotteliste, deren Vorschläge in der Kommission in erster Lesung abgelehnt wurden, ohne auch nur die zweite Lesung abzuwarten, hier einen solchen Vermögenssteuerantrag einzubringen. Die verbündeten Regierungen sind einmütig entschlossen, jeden Versuch, die Einkommen- oder Vermögenssteuer auf das Reich zu übertragen, unbedingt abzulehnen. Die Reichsvermögenssteuer ist keine direkte Steuer, und daher ist auch mit der von den verbündeten Regierungen eingesetzten Reichsvermögenssteuer die Einführung direkter Steuern in seiner Weise präpariert worden. – Abg. Liebermann v. Sonnenberg hält den Antrag Abloß nur für eine Rücksichtnahme der Kreislinnen, die die Vorlage doch ablehnen und die ihres Wählers plausibel machen wollten. Der Flottenverein habe Großes geleistet, aber direkte Einnahmen auf dieses Haus sollte er allerdings unterlassen. – Abg. Mommsen (rest. Psg.) erklärt, seine Freunde stimmen der Vorlage, wie sie sei, ob ägäris zu da die sachliche Notwendigkeit nachgewiesen sei. Die geistliche Bindung ermöglichte, wie die Erfahrung lehrte, eine rasche Entwicklung der Flotte und habe die Große, für eine ganze Reihe von Jahren die Debatte über die Größe unserer Flotte und unsere politischen Verhältnisse auszuwählen. Die Schülervolumen seien nicht zu billigen. Die finanzielle Frage sei durch keine Freunde längst erledigt. Sie hätten immer auf direkte Reichssteuern hingewiesen, auf Einkommen- und Vermögenssteuer. Sie glaubten auch, daß der Eintritt der verbündeten Regierungen dagegen auf die Wehrkraft als auch auf die Flotte ein gutes branchbares Werkzeug zur Verteidigung des Vaterlandes sein werde. – Staatsminister Freiherr v. Helmuth: äußert sich entschieden gegen den Antrag Abloß. Die verbündeten Regierungen hätten schon in die Reichsvermögenssteuer gewilligt. Es hätte ihnen nun zumuten, die Wanne für Schülervolumen, wenn man ihnen jetzt noch die Vermögenssteuer anreichte. Wer wolle, daß die verbündeten Regierungen in die Reichsvermögenssteuer willigen, dürfe ihnen nicht jetzt noch mit solchen Forderungen kommen. – Abg. Börsig (nach.) verteidigt Mommsen gegenüber die Steuerausschusss. – Abg. Brügel (Antr.) tritt für die Vorlage ein. – Abg. Weiß (Sag.) befürwortet nochmals lebhaft die Vorlage und die ganze Flottilenpolitik. Reichsvermögenssteuer eine gute, eine handelspolitisch viel nützlicher wäre eine gute Bündnispolitik, und vor allem eine gute Bündnispolitik. Wenn zwischen England und Frankreich eine Entente hergestellt werden kann, so hätte es auch und möglich sein sollen, mit Frankreich in ein besseres Verhältnis zu kommen. Ganz häufig sei der Hinweis auf die Beschäftigung, die den Arbeitern durch die Vorlage ermöglicht. In einem Staat, wie ihn die Arbeitern wünschen, würden sie genug Arbeit haben mit dem Kapital zu gute kommen. – Abg. Müller-Sagan (rest. Psg.) erklärt namens seiner Freunde: Der Flotten-Vergleich ist so weit ausgearbeitet, wie sie die Vorlage forderte, könnten sie an sich ausstimmen. Sie seien bereit, diese Forderungen im Rahmen des Staats zu bewilligen, aber nicht im Rahmen dieses besonderen Flottengelebes. Ein Einführung des Antrages in das Gesetz. – Staatssekretär v. Tirpitz: Ich freue mich, daß der Herr Vortreter und seine Freunde die Berechtigung der Vorlage wenigstens nach der inhaltlichen Seite erörtern. Ich bedaure aber, daß sie nicht genügt sind, die Forderungen-Novelle in den Gesamtkontext des Flottengelebes einzufügen. Ich kann Ihnen versichern, wir würden auch nicht annähernd so weit gekommen, wie wir es sind, wenn wir nicht den grundlegenden Rahmen des Flottengelebes gehabt hätten. Das Flottengeleb ist tatsächlich grundlegend für unser ganzes Vorgehen gewesen, es hat wie ein Nervenstrang die Richtung angegeben. Ich glaube, daß wir nur durch das Flottengeleb mit unseren geringen Mitteln unter Flotte mit der französischen Flotte gleichwertig gemacht haben. – Abg. Graf v. Arnim (Reichs): bezeichnet die Vorlage als Entlösung eines längst aufgestellten Wechsels. Die Arbeiter würden es nicht verstehen, wenn die sozialdemokratische Partei die Vorlage ablehne und damit den Endpunkt erreiche, als seien die Arbeiter wirklich vaterlandlos, flottenfeindlich und armeefeindlich. Prototypen müßte er gegen die Bevölkerung ausspielen, als liege in unserem Flottilenvermehrung etwas Aggressives gegenüber dem Auslande. Unsere Werften beschäftigen 22.000 Arbeiter. Die Vorlage steige also gerade im Interesse der Arbeiter, da sich durch dieselbe die Lage des Arbeitsmarktes günstiger gestalte. Das Wort von den „dominierenden Sätzen“ röhrt übrigens nicht von dem Flottenverein her. – Abg. Müller-Weinberg (rest. Psg.) befürwortet den Antrag Abloß. Seine Freunde stünden selbstverständlich auch einer Reichseinkommen-

**Berlin. (Priv.-Tel.)** Die Budgetkommission des Reichstages beriet heute die Zentrum-Resolution, den Reichsstaaten zu erlauben, sofort eine Löschung derartigen Verträge herbeizuführen, die über Lieferungen für die Schule von der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes abgeschlossen worden sind und über die Dauer eines Etats abgesehen. Vom Abgeordneten Dr. Brendt lag dazu ein Amendement vor, an Stelle des Wortes „sofort“ zu legen: „So dem ersten rechtlich zulässigen Zeitpunkt“ und folgendem: „So hinzufügen: bis zum Abschluß der Verträge haben auf eine Erhöhung der Preise für vereinbarte Lieferungen durch gärtliche Vereinbarungen hinzusein“. Nach langer Debatte wurde das Amendement Brendt abgelehnt und der Zentrum-Antrag auf sofortige Kündigung angenommen.

**Berlin. (Priv.-Tel.)** Die Steuerausschusssion des Reichstages beriet heute die Zigarettensteuer. Es wurde beschlossen, außer den auf Grund des Tabaksteuergesetzes von dem verwendeten Tabak zur Erhebung gelangenden Abgaben soll der im Auslande geschaffene Zigarettenabfall und die im Auslande hergestellten Zigaretten einer besonderen in die Reichssteuere fließenden Steuer unterliegen; diese beträgt für Zigaretten im Kleinverkaufspreis bis zu 10 Mark das Tausend 1 Mark für 1000 Stück, im Kleinverkaufspreis über 10 bis 15 Mark das Tausend 1,50 Mark das Tausend, im

Festschrift zum 100. Geburtstag von Julius Schädlich